

## Antrag Nr. 22-F-63-0074 Grüne, SPD, Linke und Volt

---

### Betreff:

Haftungsfrage bei ESWE Verkehr GmbH klären  
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.09.2022-

### Antragstext:

Aus dem Bericht des Magistrats zum Beschluss Beschlusses Nr. 0133 vom 23.03.2022 ergibt sich, dass die damalige Geschäftsführung der ESWE Verkehr GmbH aus schwerlich nachvollziehbaren Gründen (geringe Investitionskosten sowie die Notwendigkeit zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung) auf die Einführung von Leiharbeit angesichts des coronabedingt stark ausgedünnten Fahrplans verzichtet hat. Stattdessen wurden Minusstunden im Gegenwert von 540.000€ von der Geschäftsführung gestrichen, ohne dass hierzu ein in der Sache notwendiger Aufsichtsratsbeschluss eingeholt worden ist.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

a) rechtlich zu prüfen, ob und in welchem Umfang sich aus dem Verzicht auf Leiharbeit und aus der damit verbundenen Streichung von Minusstunden im Wert von ca. 540.000 € ohne entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss Schadensersatzansprüche gegen die frühere Geschäftsführung der ESWE Verkehr GmbH ergeben könnten.

b) zu den Fragen B 2 und B 3 des Beschlusses Nr. 0133 vom 23.03.2022 bei neuer Entwicklung einen entsprechenden Bericht zu erstatten.

Wiesbaden, 14.09.2022